

**Bericht des Vorstands der
S&T AG, Linz, FN 190272 m
zum 8. Punkt der Tagesordnung
der 23. ordentlichen Hauptversammlung am 6. Mai 2022
gemäß § 170 Abs 2 iVm § 153 Abs 4 iVm § 65 Abs 1b AktG**

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der S&T AG (die "Gesellschaft") haben der 23. ordentlichen Hauptversammlung vom 6. Mai 2022 zu Tagesordnungspunkt 8. die Beschlussfassung über (i) die Ermächtigung des Vorstands zum Erwerb eigener Aktien, sowohl über die Börse als auch außerbörslich, im Ausmaß von bis zu 10% des Grundkapitals der Gesellschaft, (ii) bei gleichzeitiger Ermächtigung des Vorstands gemäß § 65 Absatz 1b AktG für die Veräußerung bzw. Verwendung eigener Aktien eine andere Art der Veräußerung als über die Börse oder durch ein öffentliches Anbot unter Ausschluss des Wiederkaufsrechts (umgekehrten Bezugsrechts) zu beschließen, sowie (iii) die Ermächtigung des Vorstands, erforderlichenfalls das Grundkapital der Gesellschaft durch Einziehung dieser eigenen Aktien ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss herabzusetzen, vorgeschlagen.

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der S&T AG beabsichtigen, an die 23. ordentliche Hauptversammlung der Gesellschaft zu Punkt 8. in der Tagesordnung folgenden Beschlussvorschlag zu richten:

- a) *Der Vorstand wird gemäß § 65 Absatz 1 Z 8 sowie Absatz 1a und 1b AktG ermächtigt, auf den Inhaber lautende Stückaktien der Gesellschaft im Ausmaß von bis zu 10% des Grundkapitals der Gesellschaft während einer Geltungsdauer von 30 Monaten ab dem Datum dieser Beschlussfassung sowohl über die Börse als auch außerbörslich zu erwerben, wobei der Gegenwert nicht mehr als 10% unter bzw. über dem durchschnittlichen Börsenkurs der letzten fünf Börsentage vor Erwerb der Aktien liegen darf. Als maßgeblicher Börsenkurs gilt der durchschnittliche Schlusskurs für Aktien der Gesellschaft im XETRA-Handel (oder einem an die Stelle des XETRA-Systems tretenden Nachfolgesystems) an der Frankfurter Wertpapierbörse. Der Handel mit eigenen Aktien ist als Zweck des Erwerbs ausgeschlossen. Die Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen, einmal oder auch mehrfach und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein verbundenes Unternehmen (§ 228 Absatz 3 UGB) oder für Rechnung der Gesellschaft durch Dritte ausgeübt werden, sofern der mit dem von der Gesellschaft aufgrund dieser Ermächtigung oder sonst gehaltenen Aktien verbundene Anteil des Grundkapitals zu keinem Zeitpunkt 10% des Grundkapitals übersteigt. Den Erwerb über die Börse kann der Vorstand der S&T AG beschließen, doch muss der Aufsichtsrat im Nachhinein von diesem Beschluss in Kenntnis gesetzt werden. Der außerbörsliche Erwerb, auch im Wege eines öffentlichen Rückkaufangebots, unterliegt der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrats. Im Falle des außerbörslichen Erwerbs kann dieser auch unter Ausschluss des quotenmäßigen*

Veräußerungsrechts der Aktionäre durchgeführt werden (umgekehrter Bezugsrechtsausschluss).

- b) *Der Vorstand wird für die Dauer von fünf Jahren ab dieser Beschlussfassung gemäß § 65 Absatz 1b AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats und ohne neuerliche Beschlussfassung der Hauptversammlung für die Veräußerung beziehungsweise Verwendung eigener Aktien eine andere Art der Veräußerung als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot, auch unter Ausschluss des Wiederkaufsrechts (umgekehrten Bezugsrechts) der Aktionäre, zu beschließen und die Veräußerungsbedingungen festzusetzen. Diese Ermächtigungen umfassen die Veräußerung bzw. Verwendung eigener Aktien auf eine andere gesetzlich zulässige Art der Veräußerung als über die Börse oder ein öffentliches Angebot und beinhalten unter anderem die Ermächtigung, eigene Aktien für einen außerbörslichen Verkauf (unter teilweisem oder vollständigem Ausschluss des Wiederkaufsrechts der Aktionäre), etwa in Form einer beschleunigten Privatplatzierung, oder als Gegenleistung für den Erwerb von Unternehmen, von (Teil-)Betrieben und von Anteilen an inländischen und ausländischen Unternehmen oder zur Bedienung von Aktienoptionen bzw. Aktienoptionsscheinen von Arbeitnehmern, leitenden Angestellten und Mitgliedern des Vorstands der Gesellschaft sowie mit ihr verbundener Unternehmen zu verwenden. Die Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen, einmal oder auch mehrfach und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein verbundenes Unternehmen (§ 228 Absatz 3 UGB) oder für Rechnung der Gesellschaft durch Dritte ausgeübt werden.*
- c) *Der Vorstand wird gemäß § 65 Abs 1 Z 8 letzter Satz AktG ermächtigt, während einer Geltungsdauer von 30 Monaten ab dem Datum dieser Beschlussfassung mit Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlichenfalls das Grundkapital durch Einziehung dieser eigenen Aktien ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss herabzusetzen. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, Änderungen der Satzung, die sich durch die Einziehung von Aktien ergeben, zu beschließen.*

Der Vorstand der S&T AG erstattet den nachfolgenden Bericht gemäß § 170 Abs 2 iVm § 153 Abs 4 iVm § 65 Abs 1b AktG.

1. Erwerb und Veräußerung eigener Aktien

- 1.1 Im Hinblick auf die Möglichkeit des außerbörslichen Erwerbs von eigenen Aktien gemäß § 65 Abs 1 Z 8 AktG sowie der Veräußerung von gemäß § 65 Abs 1 Z 8 AktG erworbenen Aktien gemäß § 65 Abs 1b AktG auf andere Weise als über die Börse oder durch öffentliches Angebot, hat der Vorstand gemäß § 65 Abs 1b AktG iVm. § 170 Abs 2 AktG und § 153 Abs 4 Satz 2 AktG einen schriftlichen Bericht über den Grund, für den damit einhergehenden Bezugsrechtsausschluss bzw. für den mit dem

allfälligen außerbörslichen Erwerb einhergehenden Ausschluss des quotenmäßigen Veräußerungsrechts (umgekehrter Bezugsrechtsausschluss) vorzulegen.

- 1.2 Der Vorstand der Gesellschaft kann nur mit vorheriger Zustimmung des Aufsichtsrats eigene Aktien außerbörslich erwerben sowie nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats die von der Gesellschaft erworbenen eigenen Aktien auf andere Weise als über die Börse oder durch öffentliches Angebot veräußern, etwa in Form einer beschleunigten Privatplatzierung, bzw als Gegenleistung für den Erwerb von Unternehmen, von (Teil-)Betrieben und von Anteilen an inländischen und ausländischen Unternehmen oder zur Bedienung von Aktienoptionen von Arbeitnehmern, leitenden Angestellten und Mitgliedern des Vorstands der Gesellschaft sowie mit ihr verbundener Unternehmen bzw Aktienoptionsscheinen verwenden. Den Erwerb über die Börse kann der Vorstand der S&T AG alleine beschließen, doch muss der Aufsichtsrat im Nachhinein von diesem Beschluss in Kenntnis gesetzt werden.
- 1.3 Die gemäß § 65 Abs 1 Z 8 und Abs 1a und Abs 1b AktG erworbenen eigenen Aktien können auf andere Weise als über die Börse oder durch öffentliches Angebot veräußert werden, etwa in Form einer beschleunigten Privatplatzierung oder wenn die Veräußerung der Aktien die Gegenleistung für den Erwerb von Unternehmen, Betrieben, Teilbetrieben oder Anteilen an einer oder mehreren Gesellschaften, also auch durch Einbringung von Beteiligungen, Unternehmen, Betrieben und Betriebsteilen als Sacheinlagen, im In- und benachbarten Ausland ist.
- 1.4 S&T AG beabsichtigt, wie in der Vergangenheit im In- und Ausland weiter zu wachsen. Dieses Wachstum kann insbesondere auch weiterhin in der Form des Erwerbs von anderen Unternehmen oder Betrieben stattfinden. Der Erwerb von Unternehmen, Betrieben oder Teilbetrieben kann rechtlich sowohl als Kauf bestimmter Vermögensgegenstände (und Verbindlichkeiten) eines Unternehmens, Betriebs oder Teilbetriebs (sogenannter Asset Deal) als auch der Erwerb von Anteilen an einer Gesellschaft (sogenannter Share Deal) gestaltet werden. Beide Arten des Unternehmens- oder (Teil)-Betriebserwerbs, nämlich Asset Deal und Share Deal, werden im Folgenden zusammenfassend als "Unternehmenserwerb" bezeichnet.
- 1.5 Beim Unternehmenserwerb kann die Gegenleistung nicht nur in Geld, sondern auch teilweise oder zur Gänze in Aktien des erwerbenden Unternehmens bestehen. Das kann sowohl im Interesse von S&T AG als Käuferin, als auch im Interesse des Veräußerers liegen. Es kann auch Fälle geben, in denen es auch aus strategischen Gründen notwendig und zweckmäßig ist, dass sich der Veräußerer des Unternehmens mit einem kleinen Anteil an S&T AG beteiligt, oder dass der Veräußerer im Gegenzug eine Beteiligung an der Gesellschaft verlangt.
- 1.6 Aufgrund der Beschränkungen beim Erwerb eigener Aktien – nämlich auf insgesamt (für nahezu alle Fälle gemäß § 65 AktG) 10% des Grundkapitals der Gesellschaft – kann ein Veräußerer aufgrund dieses Vorgangs keine wesentliche Beteiligung an S&T AG erwerben.
- 1.7 Die Gewährung der Gegenleistung beim Unternehmenserwerb in eigenen Aktien erlaubt der Gesellschaft, bei derartigen Transaktionen mit der gebotenen

Schnelligkeit und Flexibilität im Interesse der Gesellschaft und ihrer Aktionäre zu handeln.

- 1.8 Aus der Sicht von S&T AG kann es aus strategischen oder unternehmensorganisatorischen Gründen erforderlich sein, den Veräußerer als Aktionär in die Gesellschaft und deren Gruppe einzubinden. Beim Unternehmenserwerb durch Sacheinlagen kann der Veräußerer als Sacheinleger die von ihm gewünschte Beteiligung nur dann erreichen, wenn ausschließlich er die neuen Aktien erhält; denn ein Veräußerer will eine (prozentmäßige) Beteiligung an S&T AG erreichen, die dem Verhältnis des Werts seines Unternehmens im Verhältnis zum Unternehmenswert von S&T AG entspricht und ihm entsprechende Stimmrechte an (und damit Mitwirkungsrechte in) der Gesellschaft einräumt.
- 1.9 Der Ausschluss des Wiederkaufsrechts bzw. die Veräußerung von eigenen Aktien auf andere Weise als über die Börse oder durch öffentliches Angebot ist schließlich verhältnismäßig, weil regelmäßig ein besonderes Interesse der Gesellschaft am Erwerb eines Unternehmens oder der Anteile an dem betreffenden Unternehmen besteht. Die Wahrung der Interessen der bestehenden Aktionäre der Gesellschaft ist dadurch sichergestellt, dass beim Unternehmenserwerb eine verhältnismäßige Gewährung von Aktien – in der Regel nach Durchführung einer Unternehmensbewertung – stattfindet. Der Wert des einzubringenden Unternehmens oder der Anteile an diesem Unternehmen wird dem Wert von S&T AG gegenübergestellt; in diesem Verhältnis erhält der Sacheinleger von der Gesellschaft erworbene eigene Aktien. Die bestehenden Aktionäre der Gesellschaft nehmen ferner künftig an den Gewinnen des erworbenen Unternehmens, die sich in der Regel durch Synergien mit S&T AG erhöhen sollten, teil.
- 1.10 Darüber hinaus sieht der Beschlussvorschlag vor, dass S&T AG erworbene eigene Aktien in Form einer beschleunigten Privatplatzierung wieder veräußern kann. Dadurch wird die Gesellschaft in die Lage versetzt, die Vorteile eines sogenannten Accelerated Bookbuilding-Verfahrens zu nutzen und damit ein Platzierungsrisiko für eigene Aktien zu verringern. Bei einem beschleunigten Privatplatzierungsverfahren kann S&T AG die Preisvorstellungen von Investoren während eines sehr kurzen Angebotszeitraums exakter und rascher bewerten. Die internationale Praxis zeigt, dass bei einem beschleunigten Privatplatzierungsverfahren üblicherweise für die Gesellschaft bessere Konditionen erzielt werden können, als dies bei einem Platzierungsverfahren mit Wiederkaufsrecht der Aktionäre Fall wäre; durch die sofortige Platzierung entfallen Marktrisikofaktoren, die von institutionellen Investoren sonst zu Lasten der Gesellschaft als preiswirksamer Abschlag einkalkuliert würden. Zudem erfordert eine Platzierung im Wege eines beschleunigten Privatplatzierungsverfahrens keine kosten- und zeitintensive Erstellung eines Wertpapierprospekts. Durch eine prospektfreie Platzierung können auch die Haftungsrisiken der Gesellschaft im Vergleich zu einem prospektpflichtigen öffentlichen Angebot reduziert werden.
- 1.11 Durch den Verkauf oder die Verwendung eigener Aktien im Wege eines beschleunigten Privatplatzierungsverfahrens kann die Gesellschaft etwa auch einen

besonderen Finanzierungsbedarf kostengünstiger abdecken, als dies durch die Aufnahme von Fremdkapital möglich wäre, etwa für die Finanzierung einer Unternehmensakquisition oder für die Deckung eines Refinanzierungsbedarfs der Gesellschaft oder einer ihrer Tochtergesellschaften (zB einer Anleihe, eines Kredits, eines Schuldscheindarlehens oder einer sonstigen Finanzierung). Im Gegensatz dazu könnte es aufgrund der erforderlichen Höhe oder des engen Zeitplans zur Finanzierung einer Unternehmensakquisition oder einer Refinanzierung der Fall sein, dass der Finanzierungsbedarf von der Gesellschaft nicht oder nicht in der erforderlichen Zeit durch einen Verkauf eigener Aktien über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot abgedeckt werden könnte.

- 1.12 Bei Veräußerung bzw. Verwendung von gem § 65 Abs 1 Z 8 und Abs 1a und Abs 1b AktG erworbenen eigenen Aktien auf andere Weise als über die Börse oder durch öffentliches Angebot hat der Vorstand spätestens zwei Wochen vor dem Beschluss des Aufsichtsrats (der der Veräußerung bzw. Verwendung auf andere Weise als über die Börse durch öffentliches Angebot zuzustimmen hat) einen Bericht zu veröffentlichen, in dem unter anderem auch der Veräußerungspreis der Aktien zu begründen ist (§ 65 Abs 1b iVm § 171 Abs 1 AktG).
- 1.13 Dem Vorstand soll für zukünftige Unternehmensakquisitionen oder zur Deckung eines Kapital- bzw. Refinanzierungsbedarfs eine hohe Flexibilität eingeräumt und schnelles Handeln ermöglicht werden. Zu diesem Zweck kann es erforderlich sein rasch über die notwendige Akquisitionswährung im erforderlichen Ausmaß zu verfügen und daher eigene Aktien im Paket außerbörslich zu erwerben. Die rasche Verfügbarkeit der Akquisitionswährung in Gestalt von eigenen Aktien für die Zwecke, wie im gegenständlichen Bericht oben ausgeführt, stellen die sachliche Rechtfertigung für den umgekehrten Bezugsrechtsausschluss, das ist der Ausschluss des quotenmäßigen Veräußerungsrechts der Aktionäre, dar.
- 1.14 Zu erwähnen ist, dass die Erteilung einer Ermächtigung an den Vorstand, eigene Aktien außerbörslich zu erwerben bzw. erworbene eigene Aktien gegebenenfalls auf andere Weise als über die Börse oder durch öffentliches Angebot zu veräußern bzw. zu verwenden, jeweils zum Zweck der Veräußerung von Aktien als Gegenleistung bei einem Unternehmenserwerb oder zur Veräußerung im Wege eines beschleunigten Platzierungsverfahrens, bei vielen börsennotierten österreichischen (und deutschen) Gesellschaften üblicher und allgemein anerkannter Vorgang ist. Dies kommt auch in den gesetzlichen Vorgaben zum Ausdruck, wonach die zum gegebenen Zeitpunkt durchzuführende Veröffentlichung Art und Zweck des Rückerwerbs und/oder der Veräußerung bzw. Verwendung eigener Aktien, insbesondere, ob der Rückerwerb und/oder die Veräußerung bzw. Verwendung über die Börse und/oder außerhalb der Börse erfolgen soll, zu enthalten hat.

2. Verwendung eigener Aktien zur Bedienung von Aktienoptionen bzw. Aktienoptionsscheinen

- 2.1 Des Weiteren wird, soweit Aktienoptionen (einschließlich Aktienoptionsscheinen) von Arbeitnehmern, leitenden Angestellten und Mitgliedern des Vorstands der Gesellschaft sowie mit ihr verbundener Unternehmen eingeräumt werden, vor

Einräumung jeweils ein Bericht des Vorstands, des Aufsichtsrats oder des Vorstands und Aufsichtsrats veröffentlicht, der unter anderem Angaben zu den der Gestaltung der Aktienoptionen zugrundeliegenden Grundsätze und Leistungsanreize, Anzahlen und Aufteilungen unter Angabe der jeweils beziehbaren Aktien, zu den wesentlichen Bedingungen, insb Ausübungspreis bzw Grundlage der Berechnung der entsprechenden Formel, Laufzeit und Ausübungsterminen, Übertragbarkeit sowie Behaltefristen enthält.

- 2.2 Die Möglichkeit des Erwerbs eigener Aktien sowie der Veräußerung auf andere Weise als über die Börse oder ein öffentliches Angebot zum Zweck der Bedienung von Aktienoptionen wäre im Fall der Durchführung im Interesse der Gesellschaft und verhältnismäßig: Solche Beteiligungsprogramme sind heute bei börsennotierten Gesellschaften üblich und verbreitet. Dazu ist es erforderlich, den Mitarbeitern und dem Management der S&T AG sowie der Gruppengesellschaften die Möglichkeit zum Erwerb von Aktien der Gesellschaft anbieten zu können, da dies von den Mitarbeitern und dem Management erwartet wird. Es würde somit einen Nachteil bei der Rekrutierung neuer Mitarbeiter und Manager darstellen, wenn kein Beteiligungsprogramm vorläge. Desgleichen dient ein solches Programm zur stärkeren Motivation bestehender Mitarbeiter, zur Erhöhung der Behaltefrist der Mitarbeiter und zur Förderung des Umsatz- und Gewinnwachstums durch jeden einzelnen Mitarbeiter. Aktienoptionen sind daher auch ein notwendiges Mittel zur Mitarbeiterbindung und tragen zur Erhöhung der Attraktivität der Gesellschaft als Arbeitgeber bei. In Ermangelung von Aktienoptionen könnten die Gesellschaft und ihre Gruppengesellschaften gezwungen sein, leitenden Angestellten und dem Management höhere variable Gehaltsbestandteile in Bar auszuzahlen. Schließlich erwarten auch Investoren, dass Mitarbeiter und Management am Erfolg des Unternehmens beteiligt sind. Der Erfolg von Kapitalmaßnahmen des Unternehmens ist unter anderem auch davon abhängig, dass ein Aktienoptionsprogramm existiert.
- 2.3 Die Möglichkeit des Erwerbs eigener Aktien sowie der Veräußerung auf andere Weise als über die Börse oder ein öffentliches Angebot zum Zweck der Bedienung von Aktienoptionen ist weiters erforderlich, um ein solches Programm unabhängig von einem allfälligen bedingten und/oder genehmigten bedingten Kapital durchführen zu können.
- 2.4 Gemäß § 65 1b letzter Satz AktG ist die Veräußerung eigener Aktien an Arbeitnehmer, leitende Angestellte und/oder Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft oder eines mit der Gesellschaft verbundenen Unternehmens zur Bedienung von Aktienoptionen von Gesetzes wegen gerechtfertigt: die Möglichkeit der Veräußerung eigener Aktien an diese Personen bedarf keiner Beschlussfassung (dh keiner gesonderten Ermächtigung) der Hauptversammlung.

3. Ermächtigung zur Einziehung eigener Aktien

- 3.1 Der Vorstand der Gesellschaft soll weiters ermächtigt werden, erworbene eigene Aktien ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss mit Zustimmung des Aufsichtsrats einzuziehen und dadurch das Grundkapital herabzusetzen. Für die Aktionäre und die Gesellschaft kann eine Einziehung eigener Aktien insbesondere

bilanzielle Vorteile haben, weil auch für eigene Aktien Rücklagen zu bilden sind. Sollten einmal erworbene eigene Aktien nicht mehr benötigt werden und sollte es keine vorteilhaftere Einsatzmöglichkeit als deren Einziehung geben, so ist die Vorausermächtigung des Vorstands zur Einziehung (sowie des Aufsichtsrats, die entsprechende Satzungsänderung zu beschließen) im Fall der tatsächlichen Einziehung das geeignete Mittel, um die zeit- und kostenintensive Abhaltung einer weiteren Hauptversammlung zum Beschluss dieser Maßnahmen zu vermeiden.

- 3.2 Sämtliche aktien- und börserechtlichen Veröffentlichungs- und Bekanntmachungspflichten diesbezüglich werden eingehalten.

4. Zusammenfassung

- 4.1 Wie auch oben ausgeführt, wird in diesem Zusammenhang nochmals betont, dass der außerbörsliche Erwerb eigener Aktien sowie die Veräußerung bzw. Verwendung eigener Aktien jeweils auf andere Weise als über die Börse oder ein öffentliches Angebot nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats möglich sind. Der Vorstand von S&T AG kann in diesen Fällen nicht allein entscheiden.
- 4.2 Zusammenfassend kommt der Vorstand von S&T AG zu dem Ergebnis, dass die Erteilung einer Ermächtigung an den Vorstand der Gesellschaft eigene Aktien außerbörslich zu erwerben oder gemäß § 65 Abs 1 Z 8 und Abs 1a und Abs 1b AktG erworbene eigene Aktie mit Zustimmung des Aufsichtsrats gegebenenfalls auf andere Weise als über die Börse oder durch öffentliches Angebot zu veräußern bzw in sonstiger Weise zu verwenden, den gesetzlichen Vorschriften vollkommen entspricht.

Linz, im April 2022

Der Vorstand der S&T AG